

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

16. Sitzung
am Donnerstag, dem 17. April 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Renate Gröpel (SPD)

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Frauke Walhorn (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Silke Hars (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Helmut Plüschau

in Vertretung von Helmut Plüschau

in Vertretung von Peter Jensen-Nissen

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/564	4
2.	Verbot von Tierarzneimitteln Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/488 Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/547	6
3.	Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/564 (überwiesen am 12. März 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß, den Umweltausschuß, den Agrarausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Der Ausschuß kommt nach kurzer Verfahrensdiskussion überein, die Beratung auf die hauptsächlich den Agrarbereich betreffenden Punkte des Antrages zu beschränken.

MDgt Ulrich Lorenz stellt in den Mittelpunkt seines Berichtes zunächst den Aspekt der Dorfentwicklung. Hier gebe es relativ neue Richtlinien aus dem Jahr 1995, mit denen der Versuch gemacht worden sei, von der klassischen Dorferneuerung alten Stils, die sich auf eine Gemeinde mit einem sehr stark das Ortsbild prägenden Aspekt bezogen habe, hin zu einer Zusammenarbeit verschiedener Kommunen zu kommen, mit dem Bemühen, bestimmte Schwerpunkte in einer Region zu entwickeln.

Diese Absicht setze einen Diskussionsprozeß innerhalb der Region voraus. Ein solcher Diskussionsprozeß sei in den Richtlinien im Rahmen der sogenannten Struktur- und Entwicklungsanalyse vorgesehen und werde zur Zeit modellhaft in verschiedenen Ämtern erprobt. Die Unterschiedlichkeit der Ergebnisse zeige sehr gut auf, daß man hier verschiedene Richtungen einschlagen könne, was man zum Anlaß genommen habe, die Richtlinien erneut zu überarbeiten, um zum einen den Prozeß der Abstimmung zu verbessern und zum anderen dafür Sorge zu tragen, daß die Ergebnisse aus dieser Struktur- und Entwicklungsanalyse für die weiteren Umsatzschritte handhabbarer würden, vor allem auch stärker in Richtung einer Projektreife zielten, und zwar insbesondere dort, wo größere Projekte durch eine Zusammenarbeit der Kommunen entstünden.

Abg. Silke Hars bittet, rechtzeitig über die weitere Entwicklung der neuen Richtlinien unterrichtet zu werden.

Abg. Claus Ehlers und Abg. Hans Siebke begründen den Antrag ihrer Fraktion mit Erfahrungen vor Ort und schildern, welche Schwierigkeiten mit der Handhabung der Richtlinie zur Dorferneuerung und Dorfentwicklung verbunden sein können.

Abg. Detlef Matthiessen begrüßt die beabsichtigte Überprüfung der vorhandenen Überregulierung, warnt jedoch gleichzeitig vor einem ideologischen Ansatz im Antrag.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz hält es für eine Aufgabe des Ausschusses, nach Vorlage der neuen Richtlinien die damit verbundenen Möglichkeiten zur Beseitigung von Mißständen zu diskutieren.

Abg. Sabine Schröder denkt an eine Empfehlung an den federführenden Innen- und Rechtsausschuß nur zu den Punkten des Antrages, für die der Agrarausschuß zuständig ist. Es sollte dem federführenden Innen- und Rechtsausschuß empfohlen werden, in seine Beratung die Probleme der ländlichen Räume miteinzubeziehen. Gleichzeitig sollte dem MLR ermöglicht werden, eine Koordinationsfunktion in Bezug auf diesen Planungsbereich der ländlichen Räume wahrzunehmen.

Es schließt sich eine kurze Diskussion über die weitere Behandlung des Antrages an. Auf der Grundlage weitgehender Zustimmung zum Antrag faßt der Ausschuß den Beschluß, zunächst die Beratung in den zuständigen Arbeitskreisen in Abstimmung mit den anderen zuständigen Ausschüssen weiterzuführen und den Antrag erst in einer späteren Sitzung unter den von Abg. Sabine Schröder vorgetragenen Aspekten mit dem Ziel der Einstimmigkeit zur Abstimmung zu stellen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verbot von Tierarzneimitteln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache
14/488 Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache
14/547 (überwiesen am 20. Februar 1997)

Der Antragsteller, Abg. Detlef Matthiessen, trägt zum Änderungsantrag der F.D.P. Bedenken dahin vor, daß man zwar die betriebswirtschaftlichen, nicht aber die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Verbots von Antibiotika in der Tiermast oder des Einsatzes von Futtermittelzusatzstoffen mit antimikrobieller Wirkung berechnen könne. Wollte man eine volkswirtschaftliche Aussage treffen, müßte unter anderem auch der Schaden beispielsweise multiresistenter Keime in der Humanmedizin dargestellt werden. Dies jedoch würde nach seiner Auffassung die Kapazitäten der zuständigen Ministerien sprengen. Dagegen sei der Spareffekt bei Anwendung von Leistungsförderern im einzelnen Betrieb durchaus darstellbar. Nach Berechnungen, die er dazu aufgestellt habe, handele es sich hierbei um kaum relevante Größenordnungen.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan begründet den Änderungsantrag ihrer Fraktion unter anderem mit der Notwendigkeit einer Diskussion nicht nur über ein Verbot, sondern auch über die von der EU festzusetzenden Rückstandswerte im Hinblick darauf, daß für ein krankes Tier Tierarzneimittel nicht grundsätzlich verboten werden dürften. Zu diskutieren sei im übrigen auch der Anteil der Humanmedizin an der zunehmenden Resistenz bestimmter Keime.

Abg. Sabine Schröder warnt mit Hinweis auf die BSE-Vorkommnisse davor, den Aspekt der Wirtschaftlichkeit als Maßstab zu nehmen und damit verantwortungslos zu handeln.

Abteilungsleiter Dr. Reinhold Stauß teilt mit, daß eine vom MLR und dem MNUF eingesetzte Arbeitsgruppe versuche, zu einer ressortübergreifenden Meinungsbildung dahin zu kommen, wie mit dem Einsatz von Tierarzneimitteln umzugehen sei und welche Auswirkungen dies haben könne. Im übrigen wolle er noch einmal darauf aufmerksam machen, daß Tierarzneimittel neben dem Verabreichen bei kranken Tieren auch als Futtermittelzusatzstoffe in therapeutischen Dosen zum einen als Antibiotikaphylaxe in Mastbetrieben und zum anderen als Leistungsförderer eingesetzt würden. Nach Meinung des MLR müsse eine solche Prophylaxe baldmöglichst durch ein verbessertes Gesundheitsmanagement überflüssig gemacht werden. Dafür seien auch schon bestimmte Maßnahmen in Angriff genommen und

entsprechende Richtlinien erlassen worden, wobei die Federführung allerdings beim MNUF liege.

Abg. Hans Siebke weist unter Schilderung eigener beruflicher Erfahrungen darauf hin, daß bei gutem Management mit ausreichender Hygiene und Wärme im vollklimatisierten Stall weder Antibiotikaphylaxe noch medikamentöse Leistungsförderung notwendig seien. Er erklärt, daß seine Fraktion nicht zuletzt unter diesem Aspekt den Antrag mittragen könne, wenn sichergestellt werde, daß es keine generelle Absage für den Einsatz von Tierarzneimitteln bei kranken Tieren geben werde.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan spricht sich unter diesen Voraussetzungen dafür aus, ihren Änderungsantrag dahin zu präzisieren, lediglich eine Darstellung der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen des Tierarzneimittelverbotes darzustellen und behält sich vor, dem Antrag dann zuzustimmen, wenn vom Antragsteller sichergestellt werde, daß der Ausschuß über die in Satz 2 geforderten Initiativen immer rechtzeitig unterrichtet werde.

MDgt Dr. Gustav Sauer gibt zu überlegen, daß bei der Darstellung der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen auch die gesundheitlichen und die Vorsorgeaspekte zum Tragen kommen müßten. - Dies wird vom Ausschuß akzeptiert.

RVetR Dr. Martin Heilemann erläutert anschließend die Harmonisierungsbemühungen um die unterschiedlichen Regelungen beim Tierarzneimittelrecht und dem Futtermittelrecht. Er tritt aus der Sicht der Tierarzneimittelüberwachung für eine Änderung der, wie er es nennt, bisher unhaltbaren Zustände ein, wonach Stoffe zwar als Tierarzneimittel verboten seien, als Zusatzstoffe jedoch weiterhin angewendet werden dürften.

Nach kurzer Verfahrensdiskussion einigt sich der Ausschuß darauf, alle die angeschnittenen Fragen im Rahmen der Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. darstellen zu lassen. Der Antrag wird in der nachstehenden Fassung einstimmig angenommen:

"Die Landesregierung wird aufgefordert,

- ein Verbot der routinemäßigen, prophylaktischen Anwendung von Antibiotika in der Tiermast und
- ein Verbot des Einsatzes von Futtermittelzusatzstoffen mit antimikrobieller Wirkung zu prüfen **und die zu erwartenden betriebswirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Verbotes darzustellen.** Die Landesregierung möge entsprechende Initiativen auf EU- und Bundes-Ebene prüfen."

Abg. Sabine Schröder regt in diesem Zusammenhang an, in den Fraktionen einmal zu überdenken, ob bei solchen einstimmig angenommenen Berichtsanträgen sich nicht in der ersten Lesung eine Diskussion erübrige. Eine Begründung sollte genügen.

Dieser Überlegung schließt sich der Ausschuß einstimmig an.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Punkte werden angesprochen.

1. Gestaltung des Infostandes des Agrarausschusses beim Tag der offenen Tür am 19.4.1997: Nicht teilnehmen können die Abg. Dr. Christel Happach-Kasan und Gerhard Poppendiecker. Zur Verteilung stehen an 50 kg Käse, 100 l Milch, 500 Partybrötchen und 1 Ztr. Äpfel. Der Vorsitzende betont, daß entstehende Auslagen nicht erstattet werden. Es sollen keine Verpackungsbehälter anfallen. Als Infomaterial liegen Prospekte über den Urlaub auf dem Bauernhof sowie über die Landtagsausschüsse aus. Darüber hinaus werden Schriften des ökologischen Landbauverbandes verteilt. Die Verteilung erfolgt durch die Ausschußmitglieder und zwei Blaumeisen.

2. Der Vorsitzende trägt Klagen Betroffener aus den Kreisen vor, daß Pachtverträge von im Landesbesitz und im Besitz der SHL stehenden Landesflächen zum Teil nicht mehr verlängert würden, weil diese Flächen als Ausgleichsflächen verwendet werden oder auch als Aufforstungsflächen dienen sollen. Er schlägt vor, diese Klagen einmal zum Thema einer Ausschußberatung zu machen.

3. Die Einladung des Dekans der Fachhochschule Kiel zu einem Informationsgespräch mit Besichtigung des Fachbereichs Landbau nimmt der Ausschuß an. Es soll aus finanziellen und Termingründen eine interne Sitzung am 5. Juni 1997 werden.

4. Zu dem von LP mit Datum vom 26. März 1997 dem Ausschuß zugesandten Schreiben von Herrn Stolley betreffend die einzelbetriebliche Förderung teilt MDgt Ulrich Lorenz mit, daß die PIANAG leider über den Verteilungsschlüssel der GA-Mittel bisher noch keine Einigung erzielt habe. Die Konsequenz daraus sei, daß der zur Zeit geltende Antragsstop für alle Bereiche, die aus den GA-Mitteln finanziert würden, noch weiter aufrechterhalten bleiben müsse.

Der Vorsitzende regt ein Antwortschreiben an Herrn Stolley dahin an, daß der Ausschuß die gegebene Lage sehr bedaure und darauf dränge, daß es zu einer schnellen Einigung über die Verteilung der GA-Mittel kommen möge, damit die Mittel endlich fließen können.

5. Abg. Friedrich-Carl Wodarz bittet, in einer der nächsten Sitzungen einmal grundsätzlich über ein langfristiges Konzept für weitere Bereisungstermine zu diskutieren.

6. Folgende Termine werden in Aussicht genommen:

- Donnerstag, 29. Mai 1997, 9:30 Uhr, Besuch der BASF-Versuchsstation Hof Siek
- Donnerstag, 5. Juni 1997, 10:00 Uhr, interne Sitzung, Informationsgespräch mit Vertretern des Fachbereichs Landbau der FH Kiel
- Donnerstag, 14. August 1997, ganztägige Informationsfahrt nach Nordschleswig (Vorschlag des Abg. Gerhard Poppendiecker)

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Claus Hopp
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin